

form bewirken, die die einzelnen bei typischen Krankheiten und Krankheitsverläufen üblicherweise zu erbringenden Leistungen zu einem Gesamtkomplex zusammenfaßt. Dem Arzt oder Zahnarzt wird nicht mehr jede Einzelleistung vergütet, sondern nur der gesamte Leistungskomplex.

Krankenhauspflegesätze – Der Pflegesatz muß stärker dem Verlauf der Behandlung angepaßt werden. . . . Sozialdemokraten plädieren deshalb für gestufte Pflegesätze, die – den Behandlungskosten angenähert – anfangs relativ hoch sein und dann sinken müssen. . . . Des weiteren sollte der Pflegesatz stärker der für den Patienten erforderlichen Pflegeintensität entsprechen. Deshalb sollten an die Stelle eines tagesgleichen vollpauschalierten Pflegesatzes für ein Krankenhaus mehrere gestufte pauschalierte Pflegesätze treten. Das strenge duale System der Krankenhausfinanzierung, nach dem die Investitionskosten von der öffentlichen Hand und die Benutzerkosten über die Pflegesätze von den Krankenkassen getragen werden, hat sich ebenfalls als wenig sachgerecht erwiesen. Auch Investitionskosten sollen daher in Zukunft über die Pflegesätze erwirtschaftet werden.

Arzneimittelpreise – Der Arzneimittelmarkt ist ein reiner Anbietermarkt. Sozialdemokraten wollen auf dem Arzneimittelmarkt der Anbietermacht eine gleich gut organisierte Nachfragermacht gegenüberstellen. Anbieterseite und Nachfragerseite müssen gleichgewichtige Marktteilnehmer werden.

Dies bedeutet im einzelnen, daß der pharmazeutische Unternehmer als Anbieter mit dem Krankenversicherungsträger als Beauftragtem des Nachfragers über die Ware und vor allem über ihren Preis verhandeln muß. Direkte Vertragsbeziehun-

Kassenärztliche Bundesvereinigung:

Gleichschaltung!

Unter der Flagge Strukturreform will die SPD tragende Säulen unseres Gesundheitswesens einreißen, stellt die Kassenärztliche Bundesvereinigung in einer Presseerklärung zu dem SPD-Programmwurf fest. Die KBV listet auf:

► An die Stelle bedürfnis- und qualitätsorientierter positiver Gesundheitsziele tritt die Einführung einer „politischen Orientierung für das Gesundheitswesen“ mit verbindlichen Ausführungsbestimmungen und Sanktionsmechanismen für die Beteiligten. Die Selbstverwaltungen von Ärzten und Krankenkassen werden zu staatlichen Erfüllungsgehilfen im Korsett gesetzlicher Vorgaben.

► Verbindliche Ausgabenhöchstgrenzen für die einzelnen Leistungsbereiche des Gesundheitswesens werden jede bedarfsgerechte patientenorientierte und zugleich qualitativ hochwertige medizinische Versorgung unmöglich machen. Gesundheitsleistungen für den sozialversicherten Patienten wären künftig nicht mehr Sache der individuellen Befindlichkeit und des medizinischen sachgerechten Erfordernisses, sondern würden unter Gesichtspunkten politisch-staatlicher Opportunität nach einem fest vorgegebenen Finanzrahmen zugeteilt.

► Über die Gleichschaltung aller Kassenarten in der Mitgliedschaftsstruktur und im Beitrags- und Leistungsrecht beseitigt die SPD die

gewachsenen und bewährten pluralen Strukturen der gegliederten Krankenversicherung. Damit wird nicht nur die angeblich aufrechterhaltene Wahlmöglichkeit des Versicherten zur inhaltslosen Hülse, sondern auch jede Bereitschaft zu leistungsorientierter Innovation der einzelnen Versicherungsgemeinschaft gelähmt.

► Mit einem Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen als „Problem- und Feuerwehrfonds“ nimmt sie ihnen jeden Anreiz zu sparsamem und kostenbewußtem Umgang mit den Mitteln der Solidargemeinschaft. Die sorgsam wirtschaftende Krankenkasse wird bestraft, die sorglos wirtschaftende belohnt. Dies führt letztlich zur Abkehr vom natürlichen Wettbewerb zwischen den Versicherungsgemeinschaften. Die Einheitsversicherung wird de facto geschaffen.

► Mit der Einführung von Leistungskomplexhonoraren und Arzneimittel-Positivlisten greift die SPD in die ärztliche Therapiefreiheit und damit in das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt ein. Der Anspruch des Patienten auf eine individuelle Versorgung wird auf eine standardisierte Durchschnittsversorgung verkürzt.

► Mit den zwischen den Krankenkassen und den Ärzten ihrer Wahl abzuschließenden Leistungsberechtigungsverträgen kehrt die SPD in die Vorzeit der Einzeldienstverträge und fester Verhältniszahlen zurück. Durch die Beschneidung des Rechts der freien Berufsausübung stellt sie sich außerhalb der Verfassungswirklichkeit. □

gen zwischen Pharmaindustrie und Krankenkassen sind notwendig. Künftig sollen nur noch solche Arzneimittel zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden können, über deren Preis sich Krankenkassen und Arzneimittelhersteller geeinigt haben.

Beseitigung des „Kontraktionszwangs“ – Ärzte, Zahnärzte und Krankenhäuser, die von den Krankenkassen vertraglich zur Versorgung der Versicherten verpflichtet werden, schließen sich zu kassenärztlichen, kassenzahnärztlichen und Kassen-Krankenhausvereinigungen zu-